

Einfache Anfrage

**Vermietet die Stadt ihre eigenen Liegenschaften an Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler?**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Sehr geehrte Stadträtinnen, sehr geehrte Stadträte

Die Stadt St. Gallen ist Besitzerin verschiedenster Liegenschaften in unterschiedlichen Ausbaustandards und Preissegmenten, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern zugänglich sein sollten. Verwaltet und vermietet werden diese durch die Dienststelle Liegenschaften der Direktion Planung und Bau, mit dem Auftrag, geeigneten Wohnraum für Einwohnerinnen und Einwohner aller Einkommensklassen zur Verfügung zu stellen: Durch angemessene Angebote, transparente Vermietungskriterien und soziale Wohnpolitik.

Ebenso hat die Stadt St.Gallen über die Sozialhilfe den Auftrag für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner als letztes Auffangnetz die Lebensgrundlage in Form von Wohnung, Krankenkasse und Lebensunterhalt zu garantieren. Für Sozialhilfebeziehende ist es besonders schwierig, für sich und ihre Familien geeigneten Wohnraum zu finden, deren Mietzins sich im Rahmen der Vorgaben der Sozialhilfe St.Gallen befindet.

Betroffene berichten, es komme immer wieder vor, dass in der Stadt St.Gallen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern keine Wohnungen vermietet werden, auch nicht von der stadteigenen Dienststelle Liegenschaften. Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler scheinen für die Stadt zu riskante Mieterinnen und Mieter zu sein, obwohl die Dienststelle Liegenschaften – wie die meisten privaten Vermieterinnen und Vermieter – eine Mietzinskaution in Höhe von drei Monatsmieten zur Sicherung allfälliger späterer Ansprüche verlangt.

1. Ist es zutreffend, dass die Dienststelle Liegenschaften teils Wohnungen nicht an Sozialhilfebezüglerinnen oder -bezügler vermietet?
2. Wie beurteilt der Stadtrat den Ausschluss von Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügern als mögliche Mieterinnen und Mieter in Bezug auf das Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV)?
3. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler nicht weiter zu diskriminieren und die Wohnungen im Eigentum der Stadt St.Gallen allen sozialen Schichten entsprechend ihrer finanziellen Situation zugänglich zu machen?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

St.Gallen, 15. Januar 2019



Andrea Hornstein

Stadtparlamentarierin PFG



Franziska Ryser

Stadtparlamentarierin Junge Grüne